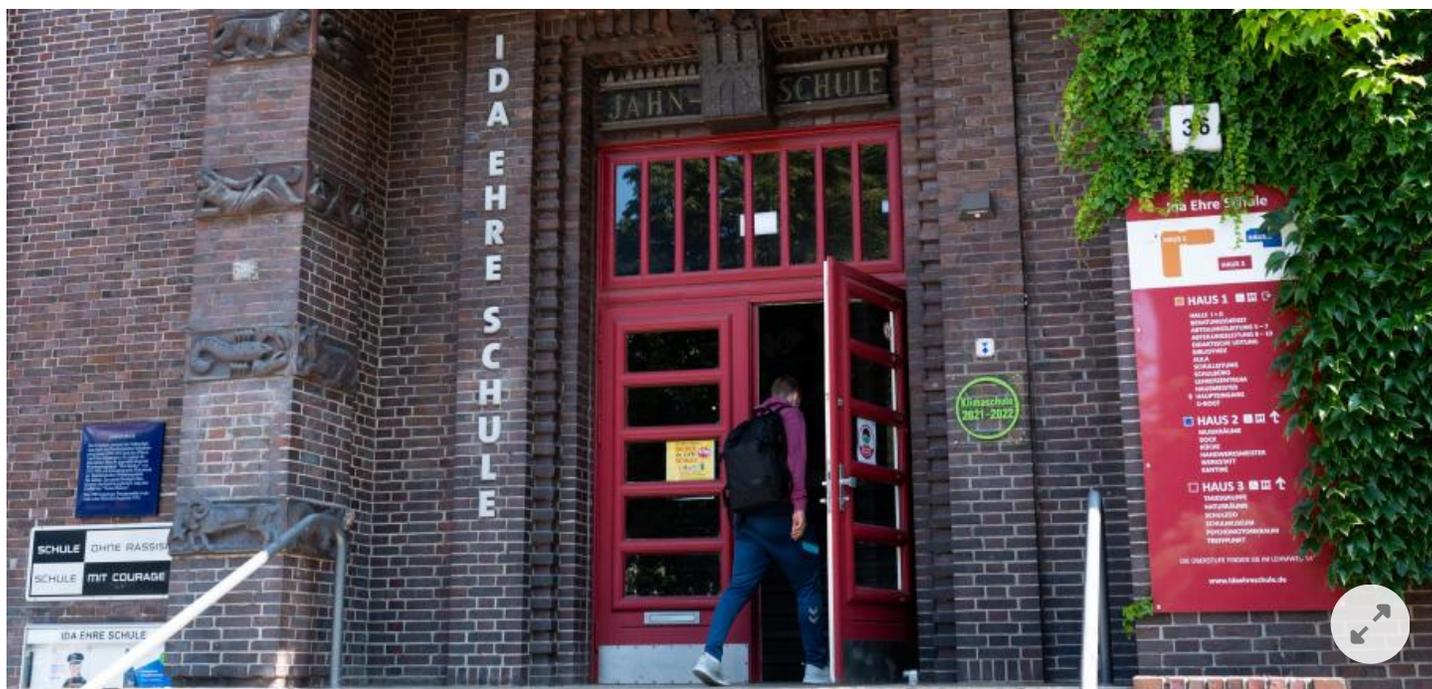


## Elternrat kritisiert Vorverurteilung von Schülern

Stand: 08.09.2021 | Lesedauer: 3 Minuten



Der Eingang der Ida Ehre Schule in Hamburg-Eimsbüttel

Quelle: dpa/Daniel Reinhardt

Nachdem ein Polizist vor einer Hamburger Schule attackiert worden ist, hat der Elternrat der Schule scharfe Kritik an Schulleitung, Behörde und Berichterstattung geübt. Statt ihre Fürsorgepflicht zu erfüllen, hätten sie vorschnell geurteilt.

**D**rei Wochen nachdem ein Polizist bei einem Einsatz vor der Ida-Ehre-Schule in Hamburg-Eimsbüttel attackiert und mehrfach gegen den Kopf getreten worden ist, kritisiert der Elternrat der Schule die Darstellung und Bewertung des Vorfalls als einseitig und voreilig. Die Schwere der Vorwürfe gegen die Schüler und Schülerinnen habe sie entsetzt, heißt es in ihrer Stellungnahme.

Sowohl die Mitteilung der Polizei als auch Zeitungsberichte kurz nach dem Vorfall hätten zu einer Vorverurteilung der geführt. Auch die Reaktion der Schulleitung und Schulsenator Ties Rabe (SPD) missbilligen sie. So sei der Senator „auf den rollenden Zug der öffentlichen Vorverurteilung ohne weitere Prüfung“ aufgesprungen und auch die Stellungnahme der

Schulleitung (</regionales/hamburg/article233305101/Brutale-Schueler-Hamburgs-Schulsenator-bestuerzt-ueber-Angriff-auf-Polizisten.html>) habe dazu geführt, „dass die gesamte Schüler:innenschaft, zumindest aber alle Anwesenden, pauschal kriminalisiert“ werde. Auch die ersten Maßnahmen (</regionales/hamburg/article233554678/Hamburg-Schueler-greifen-Polizisten-an-Das-sind-die-Konsequenzen.html>) für Einzelne habe es noch vor den ersten persönlichen Gesprächen gegeben.

Im Gegensatz dazu habe man erwartet, dass die Kinder und Jugendlichen in so einer Situation zuallererst in Schutz genommen werden. Das verlange die Fürsorgepflicht von Schulleitung und Schulbehörde, heißt es in der Stellungnahme. Daher fordert der Elternrat die Einbeziehung der Perspektive der Schülerinnen und Schüler und verweist darauf, dass bislang weder eine „aktive, persönliche Kontaktaufnahme seitens der Schulleitung in Richtung der schulischen Gremien der Schüler:innen gegeben“ habe noch Gelegenheiten zu einem Austausch innerhalb der Schulgemeinschaft. Jenseits der Thematisierung des Vorfalls in einzelnen Klassen habe es keine pädagogischen Angebote zur Auseinandersetzung gegeben.

Laut Polizei hatten Schüler einen Beamten am 19. August im Stadtteil Eimsbüttel in der Nähe der Ida Ehre Schule (</regionales/hamburg/article233264743/Jugendgewalt-Polizist-will-Streit-schlichten-und-wird-von-Schuelern-verpruegelt.html>) gegen den Kopf getreten. Zuvor hatte der Polizist, der mit einem Fahrrad unterwegs war und im schulischen Umfeld tätig ist, einen Streit zwischen zwei Kindern zu schlichten versucht. Zum Zeitpunkt seines Eingreifens soll sich bereits eine größere Traube anderer Kinder und Jugendlicher um Streitenden gebildet haben.

Ein der Polizei bekannter 13-Jähriger, der allerdings nicht Schüler der Ida Ehre Schule ist, habe eine Hand unter der Jacke verborgen und auf mehrfache Aufforderung nicht herausgeholt. Deshalb habe der Polizist davon ausgehen müssen, dass der Junge bewaffnet sein könnte, hieß es. Der Beamte brachte den 13-Jährigen demnach gegen starken Widerstand zu Boden und wurde dann von zahlreichen weiteren Kindern und Jugendlichen bedrängt und attackiert. Die Besatzungen von zwölf Streifenwagen eilten ihrem Kollegen demnach zu Hilfe und brachten die Situation schließlich unter Kontrolle. Zuvor seien Beamte auch beleidigt,

bespuckt und angegriffen worden.

Zwei 13-Jährige und ein 12-Jähriger wurden im Anschluss in Gewahrsam genommen und später ihren Erziehungsberechtigten übergeben. Zwei Wochen später beurlaubte die Schulleitung insgesamt elf Schüler vom Unterricht, da sie an dem Angriff beteiligt gewesen sein sollen.

Dieser Darstellung hält der Elternrat in seiner Stellungnahme entgegen, dass bislang nicht in Erwägung gezogen worden sei, dass die umstehenden Schüler und Schülerinnen im Sinne von Zivilcourage handelten, die an der Schule besondere Bedeutung habe. Viele Jugendliche hätten später geschildert, dass die Situation aus ihrer Perspektive für Hinzukommende uneindeutig war, sie sehr wohl durch den gewaltsamen Einsatz des Polizisten alarmiert waren und den Eindruck hatten, dass der am Boden fixierte Jugendliche Hilfe bräuchte.

Vor diesem Hintergrund kritisieren sie, dass das Beobachten der Situation von der Schulleitung als Problem dargestellt und öffentlich pauschal als 'Gaffen' diffamiert wird, und befürworten es, die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols zumindest zu hinterfragen und auf die Notwendigkeit von Verhältnismäßigkeit hinweisen zu dürfen, ohne gleich als aufrührerisch diskreditiert zu werden.

Ebenso wie die bildungspolitische Sprecherin der Linken in der Bürgerschaft, Sabine Boeddinghaus (</regionales/hamburg/article233554678/Hamburg-Schueler-greifen-Polizisten-an-Das-sind-die-Konsequenzen.html>) kritisiert der Elternrat die Beurlaubung von elf Schülern nach dem Vorfall und bezeichnet ihn als falschen Ansatz. Stattdessen fordert er die Verantwortlichen auf, nun ihre Fürsorgepflicht wahrnehmen.

sir

